

Die Angst vor den Russen ist wieder da

Bis vor 20 Jahren schien in Europa die Angst vor den Russen allgegenwärtig. Im Westen fürchtete man Verstaatlichungen und weltanschauliche Gehirnwäsche für den Fall, dass sowjetische Soldaten die Elbe überschreiten sollten.

Nach dem überraschenden Kollaps des sowjetischen Imperiums freute man sich über die neuen Märkte, und die Angst war weg. Man gewöhnte sich im Westen sogar an die Auftritte russischer Neureicher oder an Oligarchen, die wie im Rausch westeuropäische Traditionsunternehmen aufkauften. Man wusste von Russlands politischer Rückständigkeit, von der Macht einiger Herren mit KGB-Vergangenheit und glaubte, dass Russland zu einer kalkulierbaren Macht geschrumpft sei. Die Sorgen der ehemaligen Bruderstaaten der Sowjetunion blieben meist ungehört.

Und nun das: 40 Jahre nach der Niederschlagung des Prager Frühlings mit sowjetischen Panzern ist die Angst vor den Russen wieder da. Die überzogenen Angriffe der russischen Armee und Luftwaffe auf Georgien machen die osteuropäischen Nachbarstaaten vom Baltikum über die Ukraine und Polen bis zur Slowakei und zu Tschechien sehr nervös. Der Präsident der Ukraine will über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte neu verhandeln. Das polnisch-amerikanische Raketen-Abkommen bringt die Russen in Rage. Anders als im Westen wurzelt die Angst vor den Russen dort in fast 50 Jahren durchlittener sowjetischer Okkupation. Die EU und die Nato müssen sich dringend mehr einfallen lassen, als nur mit Geld für eine Westbindung zu werben. Sonst droht manch einer dieser Staaten zurückzufallen in den Einflussbereich des russischen Autoritarismus. (pla.)

Die abkühlende Konjunktur braucht keine Staatshilfe

Kaum ist die Finanzkrise aus den Schlagzeilen, folgen erneut deprimierende Nachrichten: Deutschlands Wirtschaft sei im zweiten Quartal geschrumpft, die französische ebenso, die italienische sowieso. Das ist schlimm, denkt man, wenn die wichtigsten Handelspartner der Schweiz nur noch stottern. Sofort erfolgt der Ruf nach der helfenden Hand des Staates, der mittels Steuergutschriften den Privathaushalten unter die Arme greifen oder die Lohnnebenkosten senken soll. Solche Schritte werden jetzt in Deutschland gefordert. In der Schweiz hat FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann «bloss» den Ausgleich der kalten Progression, also eine Art Teuerungsausgleich auf dem Steuertarif, verlangt. Das ist vertretbar, auch wenn die Wirkung bescheiden sein dürfte. Es wäre aber verfehlt, wie in den USA Bargeld-Checks an die Haushalte zu verteilen. Bis solche Programme bei uns beschlossen werden, befindet sich die Wirtschaft meistens schon wieder im Aufwärtstrend. Zudem leiden die Haushalte hier weder unter einem Preiserfall ihrer Häuser noch an Überschuldung. Die Wirtschaft befindet sich auch nicht in einer Rezession – sie wird sich lediglich von 3 auf knapp 2 Prozent jährliches Wachstum verlangsamen. Vor allem deswegen, weil die Exporte von Investitionsgütern wie Textilmaschinen rückläufig sind. Da helfen Steuergutschriften zur Ankurbelung des Konsums kaum etwas. Sie sind auch nicht nötig, denn bereits im Winter könnte die konjunkturelle Wende erfolgen: Der Ölpreis ist von 147 auf 112 Dollar eingebrochen, wichtige Industriemetalle sind billiger geworden, die Preise von Nahrungsmitteln wie Weizen sind abgesackt. Das hilft Konsumenten und Unternehmen gleichermaßen. (dah.)

Crons Abgang ist ein neuer Rückschlag im Fluglärmstreit

Es besteht kein Zweifel daran, dass Raymond Cron das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) in viereinhalb Jahren wirksam reorganisiert hat. Nach einer Serie von Flugkatastrophen, die zum Teil gravierende Mängel in der Aufsichtstätigkeit des Bazl an den Tag brachten, brauchte es an der Spitze ein Organisationstalent wie Cron, der die Sicherheitsvorschriften der Fliegerei rigoros durchsetzte. Ausgesprochen unschön ist aber, dass er das Bazl verlässt, bevor zwei wichtige Dossiers abgeschlossen sind: der SIL-Prozess, der die Basis bildet für das künftige Betriebsreglement des Flughafens Zürich. Und der Fluglärmstreit mit Deutschland, in dem Cron eine Schlüsselfigur war. In dieser für den grössten Schweizer Flughafen eminent wichtigen Angelegenheit tut sich fast nichts mehr; mit Crons Abgang dürfte eine Lösung in noch weitere Ferne rücken. Der zuständige Bundesrat Leuenberger gibt sich unbeteiligt. Cron war zu kurz Bazl-Chef, Leuenberger hingegen klebt an seinem Amt wie eine Schnecke am Blatt. (be.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Medizinischen Polizeischutz brauchen wir nicht

Gesundheitsprävention nimmt bisweilen obsessive Züge an. Doch zu unserem Glück sollten wir weder gedrängt noch von Gesetzes wegen gezwungen werden, findet Jürg Kuoni

An ounce of prevention is worth a pound of cure» wird der berühmte Staatsmann, Dichter und Naturwissenschaftler Benjamin Franklin oft zitiert. Allerdings hatte er dabei keineswegs medizinische Prävention im Auge, sondern die Verhütung von Bränden.

Es war Jonathan Peter Frank, der 1784 in seinem Buch «System einer vollständigen medicinischen Policey» dazu aufrief, das Gesundheitswohl aller in der Gesellschaft lebenden Menschen zu fördern. Frank wollte die medizinische Polizei als «Verteidigungs-Kunst» gegen soziale Schädigung. Der Ruf nach medizinischem Polizeischutz ist heute, über zwei Jahrhunderte später, aktueller denn je. Allerdings hat sich die Stossrichtung verschoben: Lag früher der Akzent auf dem Schutz vor krankmachenden äusseren Faktoren, sollen wir jetzt offenbar vor uns selber geschützt werden.

Die neue Präventionspolitik begnügt sich nicht mit dem legitimen Schutz des Nichtrauchers. Sie hat die Bevormundung des Rauchers im Visier (vgl. «Der externe Standpunkt», NZZaS vom 3. August). Ohne jeden Zweifel ist Rauchen eine Selbstschädigung, wenn auch nicht für alle Raucher und sicher nicht die einzige. Deshalb kann verordnete Prävention so nicht funktionieren.

Medizinische Prävention soll uns vor gesundheitlichen Gefahren schützen. Nicht mehr, nicht weniger. Dabei fällt dem Staat die Aufgabe zu, krankmachende äussere Faktoren zu verhindern. Wir sollten Leitungswasser trinken, Gemüse und Fleisch ohne Bedenken essen können. Wir sollten ein Restaurant besuchen oder Auto fahren können, ohne unsere Gesundheit zu gefährden. Dazu braucht es Gesetze. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates, im Namen der Gesundheit Kreuzzüge gegen Minderheiten zu führen.

Fast jeder versucht, nach bestem Wissen sein Leben so zu gestalten, dass es nicht zwangsläufig in die Krankheit führt. Das Wissen über Ernährung wurde durch den Siegeszug der Pharmakotherapie auf die Ersatzbank verwiesen. Hier öffnet sich ein breites Feld für Ideologien. Und für

eine eigentliche Beratungsindustrie. Drei oder fünf Mal sollen wir essen am Tag, entweder viel oder wenig Fett, viel oder wenig Kohlehydrate, kein oder wenig Fleisch. Inzwischen sahn auch noch die Hightech-Industrie ab, indem sie uns aus unserem Genom vorliest, ob Broccoli oder Bouillabaisse besser ist für unsere Gesundheit.

Die Beschäftigung mit der Gesundheit zeigt obsessive Züge. Noch nie wurde so viel Geld für Gesundheit ausgegeben wie heute. Aber auch noch nie so viel Geld für Krankheit. Das euphemistisch als Gesundheitswesen benannte Krankheitswesen ist ein Tanker von kolossalem Ausmass. Dieser hat einen Bremsweg, der zeitlich weit über die Dienstperiode verantwortlicher Politiker und Verwaltungsbeamter hinausreicht. Wirksame Kurskorrekturen sind also kaum zu erwarten.

So kommen denn, unter dem Etikett Prävention, «Sozialschädlinge» dran. Solche sind leicht zu identifizieren: die Raucher, klar. Auch die «Dickern» sind als «Falschesser» bereits im Fokus der Gesundheitsförderer. «Präventiv» werden geschmacklose Plakate finanziert, die sie marginalisieren. Der Schritt zu den schwarzen Schafen ist nicht mehr so weit.

Jürg Kuoni



Jürg Kuoni, geboren 1945, ist Arzt für Allgemeine Medizin mit Zusatzausbildungen in Sport- und Ernährungsmedizin. Nach 25-jähriger Tätigkeit in seiner Privatpraxis hat er im Jahr 2000 die Beratungsstelle für Fitness und Ernährung «healthcheck» in Zürich eröffnet (www.fitcheck.ch).

Dabei wissen wir über die Entstehung der sogenannten «Fettsucht» sehr wenig. Dennoch wird Dicksein mit dem Epitheton «Sucht» belegt und damit stigmatisiert. Demnächst sollen angebliche Dickmacher speziell besteuert werden. «Dicke» sollen höhere Krankenkassenprämien bezahlen oder gar, wie in China und Korea, als Adoptiveltern nicht mehr in Frage kommen. In Los Angeles werden neue Fast-Food-Lokale verboten, selbstverständlich, wie immer, mit «wissenschaftlichem» Sukkurs. Nach dem Riesenflop mit dem Low-Fat-Wahn die nächste Präventionsblase.

Zurück zu Benjamin Franklin. Ein verhüteter Brand kann viel Geld sparen. Er ersetzt jedoch die Feuerwehr nicht. Macht sich diese vollkommen selbständig, kann sie im Namen der Prävention die Freiheit einschränken. «Lieber Schmutz und Freiheit als Sauberkeit und Sklaverei» votierten 1848 Stimmen im englischen Parlament, als es um die Bekämpfung der Cholera durch lokale Abwasserentsorgung ging.

Auf die «Freiheit», kontaminiertes Wasser aus dem Wasserhahn zu beziehen, verzichten wir heute gerne, davor sollen uns Gesetze schützen. Auch vor dem Passivrauchen. Der Raucher soll über sein Risiko aufgeklärt werden. Aber nicht mit Packungsbeschriftungen, welche im besten Fall Bungee-Jumping-Reflexe auslösen.

Der Anteil der Raucher in den USA ist stark zurückgegangen. Parallel dazu hat der Anteil Übergewichtiger zugenommen. Ein statistisches Phänomen, für das sich – da *politically not correct* – offenbar niemand interessiert. Erfolgreiche Präventionskampagnen sind nur wenige bekannt, ein leuchtendes Beispiel ist der Rückgang der Karies in der Schweiz. Dies verlangt, wie auch die HIV-Aufklärung zeigt, nach langfristig konzipierten Kampagnen, nicht nach fragwürdigen punktuellen Plakataktionen. Nach Kampagnen ohne jede Diskriminierung. Vor allem nicht nach Verboten. Zu seinem Glück soll man weder gedrängt noch von Gesetzes wegen gezwungen werden.